

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 56 (1977)
Heft: 12

Artikel: Die Labour Party am Vorabend eines Wahlkampfes
Autor: Brügel, J.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339392>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 31.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Labour Party am Vorabend eines Wahlkampfes

Die Rosskur, der die Labourregierung ungeachtet ihrer Minderheitsstellung im Unterhaus Grossbritannien unterworfen hat, scheint nun langsam ihre Früchte zu tragen. Das Ausmass der Inflation konnte auf das freilich immer noch hohe Niveau von etwa 15 Prozent heruntergedrückt werden. In den ersten neun Monaten des Jahres 1977 ist die Ausfuhr um fast 10 Prozent gestiegen. Nach den Kursstürzen des letzten Jahres ist der Pfundkurs fest geblieben, die Arbeitslosigkeit, mit 1,4 Millionen noch immer sehr hoch, ist zum ersten Mal zurückgegangen. Zahlungsbilanz und Devisenreserveposition sind günstig. Das alles hat dem Schatzkanzler Denis Healey erstmals ermöglicht, Lockerungen der strengen Massnahmen zur Bekämpfung der Inflation zuzugestehen. Die grosse Frage ist, ob das ausreicht, das Vertrauen der Wählerschaft in die Labour Party so stark zu festigen, dass man bei den nächsten Wahlen mit einem Sieg der Sozialisten oder mindestens mit der Vermeidung einer Niederlage rechnen kann. Im Rahmen der im Oktober 1979 auslaufenden fünfjährigen Funktionsperiode des gegenwärtigen Unterhauses hat der jeweilige Regierungschef volle Entscheidungsfreiheit über die Ansetzung eines Wahltermins, und es ist nur natürlich, dass er sich da für jenen entscheidet, der ihm als vom Standpunkt seiner Partei günstigster erscheint. (Dass man sich da auch leicht verrechnen kann, hat die Wahlniederlage der Regierung Wilson im Juni 1970 bewiesen.) Die Konzessionen, die Healey in der Richtung einer teilweisen Ankurbelung der Wirtschaft, die zur Senkung der Arbeitslosigkeit beitragen sollte, gemacht hat, sind das erste Anzeichen dafür, dass Neuwahlen im ersten Halbjahr 1978 eine reale Möglichkeit darstellen.

Der Pakt mit den Liberalen

Angesichts des Umstandes, dass die Regierung Callaghan keine parlamentarische Mehrheit hat, ist es eigentlich erstaunlich, dass sie sich im Amt halten und dabei noch weitreichende Reformen verwirklichen konnte. So ist es ihr gelungen, die Verstaatlichung des Schiffs- und Flugzeugbaus durchs Parlament zu bringen (nur auf die Verstaatlichung der Schiffsreparaturwerften musste verzichtet werden), womit der sozusagen «sozialistische» Komplex des Regierungsprogramms erfüllt erscheint. Dadurch wurde der Abschluss eines Paktes mit der Liberalen Partei möglich gemacht, die sich unter gewissen Voraussetzungen verpflichtete (soweit sie ihre 13 Abgeordneten zwingen kann), die Regierung im Parlament zu stützen. Im britischen politischen Leben, das Koalitionen nur in Kriegszeiten und offizielle Vereinbarungen zwischen Parteien überhaupt nicht kennt – inoffizielle gibt es natürlich täglich –, war das ein absolutes No-

vum, das bei beiden Partnern nicht mit ungeteilter Begeisterung aufgenommen wurde. Den sozialistischen Kritikern dieses ursprünglich nur auf einige Monate berechneten und dann bis zum Ende der Legislaturperiode erstreckten Paktes konnte Premierminister Callaghan entgegenhalten, dass die Entscheidungsfreiheit der Regierung durch den Pakt in keiner Weise eingeschränkt worden ist. Schwerer hatte es der Parteiführer der Liberalen, David Steel, seine Taktik vor den eigenen Anhängern zu verteidigen, da die Unterstützung einer sozialistischen Minderheitsregierung durch eine zwar nicht antisozialistisch ausgerichtete, aber doch bürgerliche Partei bei Nachwahlen zu einer Abwanderung bisher liberaler Wähler ins konservative Lager geführt hat. Aber mit dem Argument, der Pakt mit der Regierung Callaghan sei die einzige Möglichkeit gewesen, die Liberale Partei aus ihrer hoffnungslosen Isolierung herauszuführen und zu einem politischen Faktor zu machen, ist es ihm gelungen, die Zweifler im eigenen Lager zu beschwichtigen.

Die Europafrage

Zwei, wenn auch nicht ultimativ gestellte Forderungen, haben die Liberalen der Labourregierung zur Ermöglichung liberaler Schützenhilfe für diese gestellt: eine Bemühung der Regierung, im Unterhaus Direktwahlen fürs Europäische Parlament nach dem in Grossbritannien praktisch unbekannten Verhältniswahlrecht durchzusetzen, und einen entscheidenden Schritt in der Richtung der Autonomie für Schottland und Wales zu tun. Die im Referendumkampf von 1975 unterlegenen Gegner eines britischen Anschlusses an die Europäischen Gemeinschaften (EG) haben sich keineswegs geschlagen gegeben und scheinen entschlossen, wenn sie schon den Austritt Grossbritanniens aus der EG nicht durchzusetzen vermögen, jede Möglichkeit der Sabotage der Integrationspolitik auszunützen. Die sozialistischen «Anti-Europäer» (die im konservativen Lager zählen kaum) erhofften sich von einem Argument, die Labour Party solle sich im nächsten Wahlprogramm auf Unterstützung des Austrittsgedankens festlegen und damit Wählerschichten mitreissen, die sonst nicht für Labour stimmen würden, einen verhältnismässig leicht einzuheimsenden Erfolg auf dem Parteitag. Sie haben sich da gründlich getäuscht. Freilich um den Preis von allerdings nur verbalen Konzessionen der Parteiführung an die Anti-Europäer, was wieder bei den sozialistischen Parteien der anderen EG-Länder Anstoss erregen musste. Die dem Parteitag von 1977 vorgelegte Deklaration zur Europafrage, sagt der EG ausschliesslich negative Dinge nach und schlägt durch die Überbetonung der egoistischen Interessen des eigenen Landes allem internationalistischen Denken ins Gesicht. In der britischen Politik ist es eben nicht üblich, den Stier bei den Hörnern zu packen. Man zieht es vor, ihn durch Vorspiegelung der Übereinstimmung mit ihm unschädlich zu machen. So kam eine Erklärung zustande, die sich der Kritik der Anti-Europäer weitgehend anpasst, ohne die Parole

vom wünschenswerten Austritt zu übernehmen. Als dieser Text doch zu negativ empfunden wurde, hat James Callaghan, kein fanatischer Europäer, aber ein Mensch mit gesundem Menschenverstand, durch einen Brief an den Parteivorstand versucht, die Dinge wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Dadurch wurde der Gedanke, eine sozialistische Partei könnte und sollte sich mit insular-isolationistischen Schlagworten um die Wählergunst bemühen, auf dem Parteitag abgetötet. Die Annahme des Callaghanschen Standpunktes durch den Parteitag, dass Grossbritannien sich durch Mitarbeit und nicht durch Abstinenz in Brüssel, um für notwendig gehaltene Reformen (undefinierter Natur) bemühen solle, ist zweifellos ein Wendepunkt, weil sie die erste nicht negative Stellungnahme der Partei zum Europakomplex darstellt. Aber es wäre natürlich verfehlt, darin auch eine Hinwendung zum Gedanken der europäischen Integration zu sehen.

Die Gegensätze dürften sich wieder offen zur Geltung bringen, wenn zum Jahresende im Unterhaus die Frage der Direktwahlen ins Europäische Parlament entschieden wird. Nicht nur um den Liberalen entgegenzukommen, die sonst im Europäischen Parlament unvertreten wären, aber auch aus guten sachlichen Erwägungen, sieht die Regierungsvorlage zum ersten Mal für Grossbritannien für die Wahlen ins Europäische Parlament eine Art Verhältniswahlrecht vor. Sie kann aber dafür keine Mehrheit garantieren, zumal auch bei der konservativen Opposition die Ansichten geteilt sind. (Die Parteiführerin Thatcher ist gegen das Verhältniswahlrecht, ihr Amtsvorgänger Heath ist dafür.) Darum sieht die Regierungsvorlage als Eventuallösung die Aufspaltung des Landes in 81 – dies die Zahl der britischen Mandate – Einerwahlkreise vor, die nach dem jetzigen, britischen Majorzwahlrecht besetzt werden sollten. Die Vorbereitung eines Wahlgangs nach diesem System wäre freilich ein so langwieriges Verfahren, dass eine Abhaltung dieser ersten europäischen Wahlen im ganzen EG-Raum im Laufe des Jahres 1978 nicht möglich wäre.

Die Frage der Autonomie für Schottland und Wales

Zu den unerledigt gebliebenen und nach wie vor in allen Parteilagern umstrittenen Problemen gehört das der unter dem Schlagwort «Devolution» laufenden Vorschläge für eine Autonomie von Schottland und Wales. Die einen im Regierungs- und Oppositionslager sehen in der beabsichtigten Errichtung eines schottischen Landtags mit beschränkter Gesetzgebungsgewalt und eines für Wales ohne solche Befugnisse den Anfang vom Zerfall Grossbritanniens, die anderen die einzige Möglichkeit, einer solchen Entwicklung Einhalt zu gebieten. Die Richtigkeit keiner Ansicht lässt sich beweisen oder widerlegen – niemand kann hier überzeugt werden, weil hier vor allem gefühlsmässige Momente eine Rolle spielen. Die einzige Änderung der letzten Zeit scheint zu sein, dass der Versuch zum Aufbau einer eigenen, von London unabhängigen «Schottischen Labour

Party» nicht die Gefahr für die Britische Labour Party darstellt, die man gefürchtet hatte: die Sache scheint im Sand zu verlaufen.

Aber mit ihrem Versuch, die Vorlage über Devolution durchs Unterhaus zu bringen, ist die Regierung Callaghan Anfang 1977 gescheitert und seither nicht vorwärtsgekommen. Die Obstruktionsreden der Gegner der Reform hatten sie gezwungen, eine Abkürzung der Debatte – man nennt das «Guillotine» – zu verlangen, weil sonst überhaupt nichts anderes im Parlament entschieden werden könnte. Aber der Antrag blieb in der Minderheit, weil 40 Labour-Abgeordnete mit der (gleichfalls gespaltenen) Opposition dagegen stimmten. Jetzt hofft die Regierung, mit einem neuen Versuch der Teilung in zwei Vorlagen (eine für Schottland, eine andere für Wales), bessere Aussichten zu haben. Sollte auch diese Hoffnung trügen, hätte man doch die Möglichkeit, der schottischen Wählerschaft zu sagen – ja in Wales ist das Problem weniger akut –, man habe sich ehrlich bemüht, und keine andere Regierung könne mehr erzielen.

Die innerparteilichen Gegensätze

Die an sich natürlichen Auseinandersetzungen innerhalb einer Massenpartei darüber, ob man der Probleme eher Herr zu werden und sich die Wählergunst eher zu erwerben vermag durch eine Haltung, die man abgekürzt entweder als «Mehr Sozialismus!» oder «Weniger Sozialismus!» charakterisieren könnte, hatten in den letzten Jahren eine Intensität erreicht, die die Aktionsfähigkeit von Partei und Regierung oft zu bedrohen schien, welche Gefahr nur durch die überlegenen taktischen Manöver erst Harold Wilsons und dann James Callaghan gebannt werden konnte. Manchen schien der Kampf gegen Healey, in dem man einen potentiellen Nachfolger Callaghans als Parteiführer wittert, wichtiger als der Kampf gegen die Konservativen. Das hat sich nur insofern geändert, als der Ton gedämpft wurde, weil auch der schärfste Kritiker das Stigma von sich abwenden will, die Position der eigenen Regierung untergraben zu haben. Ob sich ein in der Öffentlichkeit bemerkbares Aufeinanderprallen der Gegensätze bei der Erstellung des Wahlprogramms der Partei, identisch mit den Verheissungen einer angestrebten neuen Labourregierung mit Mehrheitscharakter, verhindern lassen wird, ist zweifelhaft. Die Linke wird sich da auf einen Parteitagsbeschluss von 1976 stützen können, der die Verstaatlichung der Banken und Versicherungsanstalten in das Programm der nächsten Arbeiterregierung aufgenommen sehen will. Dieses Programm wird von Parteivorstand und Unterhausfraktion gemeinsam formuliert, und Callaghan – ohne den man keine Wahl gewinnen kann – hat keinen Zweifel daran gelassen, dass für ihn die Nationalisierung der Banken nicht akzeptabel ist. Auch die Gewerkschaften der Bank- und Versicherungsbeamten haben grundsätzliche Vorbehalte angemeldet, und eine Verstaatlichungsaktion ohne die ausdrückliche Zustimmung der unmittelbar betroffenen Arbeitnehmerschaft hat es bisher nicht gegeben.

Sei dem wie immer, die bisher nur in den Umrissen formulierte Forderung nach Einbeziehung einer entsprechenden Ankündigung ins Wahlprogramm hat sich zu einer Art Gradmesser des innerparteilichen Stärkeverhältnisses entwickelt. (Dass in Frankreich und Österreich die wichtigsten Banken schon vor 30 Jahren verstaatlicht worden sind, ohne dass der Durchschnittsmensch einen Unterschied bemerken würde, ist in England unbekannt.)

Über die bevorstehende Taktik der Konservativen, die sie an die Macht bringen soll, ist jetzt schon soviel klar, dass Margaret Thatcher unermüdlich darauf hinweisen wird, hinter den Biedermännern Callaghan und Healey – ersterer erfreut sich in der Rolle des Landesvaters auch in der nicht parteigebundenen Öffentlichkeit grosser Sympathien, so dass die Opposition es vorzieht, ihn nicht persönlich anzugreifen – dürfe man die «Machenschaften» des linken Flügels der Labour Party nicht übersehen, der nach einem Wahlsieg die Macht ergreifen und sein eigenes Programm durchführen würde, das in einer Angleichung an osteuropäische Zustände bestünde. Das ist zwar ausgemachter Unsinn, denn erstens gibt es in der Labour Party, in der sich im Grunde nie etwas ändert, keine «Machtübernahmen», und zweitens hat niemand im Sinne, auch nur irgendwas zu tun, was an die Verhältnisse in den kommunistischen Paschaliks erinnert. Aber es gibt keinen Zweifel daran, dass diese Agitation gewisse Randschichten anspricht, die Labour, wenn die Partei siegen soll, nicht gegen sich haben darf, und darum sind kraftmeierische Aussprüche von dem zu verwirklichenden «Vollglutsozialismus» nur Wasser auf die Mühlen des Gegners.

Labours Trumpfkarte: die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften

Die Hoffnungen der Labourseite auf einen günstigen Ausgang des 1978 oder 1979 bevorstehenden Wahlkampfes gründen sich auf den sich schon anbahnenden und den dann erwarteten vollen Erfolg der Massnahmen zur Erholung der Wirtschaft, gepaart mit der Tatsache, dass das aus der Nordsee gewonnenene Öl in ein, zwei Jahren das Land zumindest für die nächsten dreissig Jahre autark auf dem Gebiet der Treibstoffe machen wird. Das mögen Faktoren sein, die sich auf das Bewusstsein der Wählerschaft nur langsam auswirken, aus dem erst die Erinnerung an die natürlich nicht immer geradezu freudig gebrachten Opfer verdrängt werden muss. Aber die Labour Party hat vor den Konservativen eine Trumpfkarte voraus, die sie jederzeit auszuspielen vermag, nämlich die ziemlich allgemein verbreitete Überzeugung, dass es nur einer Labourregierung durch das Verständnis, das sie bei den Gewerkschaften findet, gelingen kann, das Land vor sozialen Kämpfen zu bewahren. Das mag den Zeitungslesern seltsam im Ohr klingen, die gerade in den letzten Jahren gehört haben, wie oft es zu Reibereien zwischen Labourregierung und wichtigen Gewerkschaften, ja sogar zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Regierung und

dem (mit sechs Ministern besetzten) Parteivorstand gekommen ist. Die grosse Errungenschaft des Sozialkontrakts, durch den auf der einen Seite sozialpolitischer Fortschritt ermöglicht, auf der anderen für ein durch die Situation notwendig gewordenenes Masshalten bei Lohnforderungen gesorgt wurde, ist, weil keine Einigung mit den Gewerkschaften zu erzielen war, nach seinem Ablauf am 1. August 1977 nicht erneuert worden. Besser gesagt: hat sich auf eine nicht einklagbare Zusage reduziert, zwischen Lohnregelungen mindestens ein Jahr verstreichen zu lassen. Die Richtlinie der Regierung, die keine höheren als zehnprozentige Lohnerhöhungen verwirklicht sehen will, ist ein einseitiger Akt, den keine formelle Zustimmung des Gewerkschaftsbundes ergänzt. Trotzdem bewegen sich 98 Prozent der seit Anfang August abgeschlossenen Lohnabkommen innerhalb des von der Regierung dringlich empfohlenen Rahmens von höchstens 10 Prozent. Natürlich würden Gewerkschaftsbund und Einzelgewerkschaften, so wie in der Vergangenheit, auch mit einer konservativen Regierung ein Einvernehmen zu finden suchen, aber die Erfahrung lehrt, dass es da ohne Zusammenstösse nicht abgeht, die auch eine gewerkschaftliche Selbstverleugnung nicht verhüten könnte. Margaret Thatcher ist sich dieser Achillesferse des Konservativismus gut bewusst, hat aber bisher ausser der Bestellung eines Referenten für Gewerkschaftsfragen im Zentralsekretariat der Partei keinen Ausweg aus dem Dilemma gefunden. Bei den Sozialisten besteht wieder die Gefahr, dass sie sich allzusehr auf das Stechen ihrer Trumpfkarte des erzielbaren Gleichklangs zwischen Regierung und Gewerkschaftsbewegung verlassen und darüber andere Notwendigkeiten vernachlässigen . . .